

Hanau war kein Einzelfall. Erinnern, Gedenken, Kämpfen - überall!

Unsere Rede zum dritten Jahrestag des rassistischen Anschlags vom 19. Februar 2020 in Hanau

Wir trauern um: Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin.

Mit unseren Gedanken heute zum dritten Jahrestag des rechten Terroraktes in Hanau sind wir bei den Opfern und ihren Angehörigen und Freunden. Der entschlossene Widerstand gegen Faschist*innen und ihre Hintermänner und -frauen ist die Pflicht, die mit der Trauer und der Solidarität einher geht.

Denn: Hanau war kein Einzelfall. Rechter Terror ist strukturell und rassistische Diskriminierung institutionell. Der Terrorakt in Hanau steht in einer Reihe mit den rassistisch motivierten Morden der NSU, der Terroranschläge in München, in Halle, dem Mord an Walter Lübcke – um nur einige zu nennen. Wer die Ereignisse von Hanau als Tat eines „Verwirrten“ oder „Einzeltäters“ verharmlost, lenkt ab. Wir müssen die Ursachen und die Brandstifter*innen benennen. Es sind die Männer und Frauen der AfD, NSU, Gruppe S., die Faschist*innen des 3. Weges, neue Stärke, hier vor Ort Rheinland Revolte und viele mehr, die ein gesellschaftliches Klima schaffen, in dem Hass und rassistische Ideologien gedeihen können und zum Beispiel in Form antimuslimischen Rassismus' zum Ausdruck kommen.

Hanau war kein Einzelfall. Erinnern, Gedenken, Kämpfen - überall!

Unser Dank gilt dem beeindruckenden Engagement der Überlebenden und Angehörigen, z.B. der „Initiative 19. Feb. Hanau“ (<https://19feb-hanau.org/>), den migrantischen Organisationen, antirassistischen Gruppen und Antifa-Initiativen, die erneut das leisten, was eigentlich Behörden und die Gesamtgesellschaft leisten müssten: Den Kampf um eine lückenlose Aufklärung, um soziale Gerechtigkeit, um angemessene Erinnerung und den Einsatz für politische Konsequenzen. Denn es waren z.B. die Überlebenden und Angehörigen, die einen Untersuchungsausschuss zu diesem rassistischen Anschlag im hessischen Landtag erwirkten, und zwar gegen den Widerstand vieler politischer Kräfte. Und obwohl dieser Untersuchungsausschuss, der seit ca. 15 Monaten tagt, viele strukturelle Schwierigkeiten mit sich bringt, sind es hier erneut und vor allem die Bemühungen der Angehörigen und Überlebenden, die zur Aufklärung antreiben. Hier gibt es sehr vieles aufzuklären, wir wollen nur zwei Beispiele nennen: Erstes Beispiel: Es ist z.B. verstörend, dass dem Täter trotz vorheriger Strafanzeigen sowie einem Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik die Waffenerlaubnis nicht entzogen wurde. In Deutschland nimmt der Waffenbesitz seit Jahren kontinuierlich zu. Als Linke fordern wir nicht nur ein entschiedenes Vorgehen gegen die Waffenlobby, sondern, dass Reichsbürger*innen und Neonazis endlich die Waffenerlaubnis entzogen wird!

Zweites Beispiel: Das sind die zahlreichen Schilderungen der Überlebenden und Angehörigen, die zeigen, dass auch in Hanau in der Tatnacht sowie darüber hinaus, Opfer wie Tatverdächtige behandelt und rassistische Polizeikontrollen über sich ergehen lassen mussten. So hat z.B. Filip Goman, der Vater der ermordeten Mercedes Kierpacz, berichtet, dass, während er mit Mitgliedern seiner Familie in der Tatnacht im Auto in der Nähe des Kiosks/Tatorts wartete, um die ermordete Tochter noch einmal sehen zu können, sie von einer Sondereinheit der Polizei umstellt und mit Waffen im Anschlag zum Aussteigen aufgefordert wurden. Bis heute gab es keine Entschuldigung, keine Worte des Bedauerns seitens der verantwortlichen Beamt*innen. Nur ein Satz des zuständigen Polizeichefs Jürgen Fehler im Untersuchungsausschuss: „Das war eben eine robuste Kontrolle.“ „Es ist daher kein Zufall“, so Jan Schalauske, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag, „dass das Handeln der Polizei zur Traumatisierung der Angehörigen und Überlebenden beigetragen hat.“

Das sind nur einige von zahlreichen Beispielen, die im Übrigen ausführlich auf der Webseite der „Initiative 19. Feb. Hanau“ beschrieben werden. Sie alle zeigen: Wir brauchen viel mehr Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt und wir brauchen endlich bei Polizei und Bundeswehr eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle und diese muss einen Schwerpunkt legen auf extrem rechte Einstellungen bei Polizei und Bundeswehr.

Denn: Hanau war kein Einzelfall: Erinnern, Gedenken, Kämpfen - überall!

Auch in Koblenz können wir solche Formen struktureller rassistischer Diskriminierung sowie Behördenversagen beobachten. So ist z.B. die Initiative „Kein Vergessen“ in Gedenken an Frank Bönisch (<https://www.initiative-kein-vergessen-koblenz.de/>), der von einem Neonazi am Koblenzer Zentralplatz 1992 erschossen wurde, immer noch darum bemüht, dass diese Tat endlich in die bundesweiten Statistiken rechter Gewalt aufgenommen wird. Wir leben

in einer Gesellschaft, in der Faschist*innen in den Straßen und Parlamenten fast ungestört hetzen können. Auch hier in Koblenz arbeiten demokratische Parteien mit Joachim Paul, der für die AfD auch im RLP-Landtag sitzt, im Stadtrat offen zusammen. Ein AfD Antrag der perfider Weise die Widerstandskämpfer*innen im 3. Reich ehren wollte, fand Begeisterung beim FDP Fraktionsvorsitzenden Schöll, der offen für den Antrag stimmte. Eine Einladung für eine Pressekonferenz, von der CDU Fraktion in Koblenz organisiert, ging auch an Joachim Paul. Bei den Montags-Demos der Schwurbler fühlen sich die Rechten vor Ort besonders wohl – für uns nicht überraschend. Sie prägen die Stimmung, auf der solche rechten Terroranschläge wie in Hanau möglich werden.

Denn: Hanau war kein Einzelfall: Erinnern, Gedenken, Kämpfen - überall!

Gedenken heißt nicht nur, dem Vergangenen gedenken, sondern, auch zu sehen, wie dieses Vergangene in die Gegenwart hineinreicht. Es ist daher wichtig auf allen Ebenen hinzusehen und rechte Denkweisen und Strukturen aufzudecken. So wird z.B. einem Professor der Bundespolizeiakademie, Stephan Maninger, der Vorwurf gemacht, rechtsextremistische Texte geschrieben zu haben. Zudem referierte er im Umfeld des NSUs. Nachrichten von aufgefliegenen Rechten Messenger-Gruppen sind genauso wenig eine Ausnahme, wie das Wegsehen und der mangelnde Wille der Verantwortlichen, daran wirklich etwas ändern zu wollen. Wir müssen feststellen, dass der Staat zu wenig gegen ein menschenverachtendes Asyl- und Wirtschaftssystem tut und sich vielmehr von diesem leiten lässt. Gerade der Kapitalismus beruht auf dem Prinzip, Menschen immer wieder gegeneinander auszuspielen. Zwischen Kapitalismus und Rassismus gibt es Zusammenhänge. Daher ist der Kapitalismus hier Mittäter! Perspektivlosigkeit, finanzielle Repressionen und ein unfairer Markt reißen eine Spaltung in unsere Gesellschaft.

Echtes Gedenken heißt daher, im Hier und Jetzt die Ursachen rechter Gewalt entschieden zu bekämpfen. Spätestens seit Hans-Georg Maaßen sollte jeder Mensch begriffen haben, dass einflussreiche Behörden wie der Verfassungsschutz ein rechtes Problem haben. Wir fordern: Der Verfassungsschutz gehört abgeschafft!

Denn: Hanau war kein Einzelfall: Erinnern, Gedenken, Kämpfen - überall!

Nie wieder Hanau!

Nie wieder Faschismus!

Alerta!

Oliver Antpöhler-Zwiernik (im Koblenzer Stadtrat für die Linkspartei) & Loriana Metzger (Erste Sprecherin des Sprecher*innenrats der Linkspartei in Koblenz)